FILZ

Stiften gehen

Staatliches Lottogeld wird seit Jahren zum Wohle der Kieler CDU-Landesregierung verwendet.

Die „Stena Germanica“ war randvoll besetzt, als sie am Kieler Schweden-Kai losmachte und bei leichter Brise in See stach. 2300 Jugendliche wollten an Bord der Großfähre „die maritime Atmosphäre“, so die 18jährige Ursel, genießen oder, wie Marc, 13, einfach nur die „coole action“ in der Disco. Pop-Musik dudelte auf allen Decks.

Jugendverbände, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr informierten über Ausbildung und Berufe. Der Veranstalter, die „Jugendstiftung“ des Landes, wollte auf dem siebenstündigen Ostseetörn „der Jugendarbeit in Schleswig-Holstein einen neuen Impuls geben“.

Das war offenbar auch das Anliegen der Kieler CDU-Landesregierung, die das maritime Jugendtreffen im Sommer letzten Jahres dazu nutzte, wenige Wochen vor der Landtagswahl ihr ramponiertes Ansehen bei Jungwählern aufzupolieren. Der stellvertretende Ministerpräsident Henning Schwarz wie auch der Parlamentarische Staatssekretär Max Stich aus dem Kultusministerium hatten sich auf dem Dampfer eingeschifft, um exklusiv und unbedrängt von politischen Konkurrenten „den Dialog mit unserer jungen Generation“ (CDU-Wahlprogramm) zu führen.

Dazu fühlten sich die beiden auch berechtigt, denn der Ostsee-Trip war, wie sich jetzt herausstellt, von einem Landesunternehmen mitfinanziert – vom Nordwestlotto in Kiel. Die staatliche Glücksspiel-Firma spendete damals nur 5000 Mark. Doch die Art und Weise, wie die angeblich private Jugendstiftung seit Jahren aus dem Landesetat bedient wird, bringt die durch Barschels Machenschaften stark angeschlagene Regierung erneut ins Zwielicht. „Genauso“, sagt der Kieler Jurist und stellvertretende FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Kubicki, „manifestiert sich Filz.“

Die oppositionellen Parlamentarier haben das System der Umwegfinanzierung durchschaut: Als Schlüsselfigur bei der Geldvergabe fungiert Carl-Hermann Schleifer, Staatssekretär im Finanzministerium, der als Vorsitzender des Beirats der Lotto-Gesellschaft auch bei der Spendenvergabe mitentscheidet.

Kaum hatte Schleifer 1983 auf Regierungsbeschluß den Beiratsvorsitz übernommen, füllte sich der Spendentopf im Lotto-Verwaltungsetat, wie sich Mitarbeiter erinnern, „auf sein Betreiben sprunghaft“ – von 3000 Mark auf weit über 100 000 Mark jährlich.

Eigentlich sei das Lotto-Unternehmen in den zurückliegenden Jahren immer „sehr restriktiv gewesen, was die Vermarktung angeht“, sagt Direktor Klaus Deißner, bis 1982 Schleifers Kollege in der Finanzverwaltung. Doch als „zweitumsatzstärkstes Unternehmen im Lande“ sei es andererseits erforderlich, sich „werblich darzustellen“. Auch der Zuschuß für das Stiftungsfest auf hoher See laufe in seinem Etat als „Zwischending zwischen Spende und PR-Arbeit“.



Spender Schleifer, Nutznießer Frantz: „Gelegentlich politisch motiviert“

Profitiert von dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit haben vor allem die CDU-Landesregierung und ihre Repräsentanten. So bewilligte Schleifer 1986 in seiner Eigenschaft als Lotto-Beirat dem Intendanten Justus Frantz 60 000 Mark für das Schleswig-Holstein Musik Festival. Nutznießer neben dem Pianisten war Schleifer selber, der nebenbei auch noch dem Festival-Verein vorsitzt. Die Stiftung Herzogtum Lauenburg, deren Präsident der damalige Ministerpräsident Uwe Barschel war, erhielt 5000 Mark, der Landesverband Eulenschutz (Vorsitzender: Finanzminister Roger Asmussen) immerhin noch 3400 Mark.



Kieler Lotto-Direktor Deißner
Zwischending auf hoher See

Großzügig zeigte sich der Schleifer-Beirat bei der Scheck-Verteilung auch im vorigen Jahr. 45 000 Mark gingen wieder an das Musikfestival, 10 000 Mark an die Stiftung Dithmarschen (Präsident: Finanzminister Asmussen) und 5000 Mark an das Pommernzentrum der Pommerschen Landsmannschaft (Bundesvizesprecher: CDU-Spitzenkandidat und Justizminister Heiko Hoffmann).

Diese „Personenidentität zwischen Gebenden und Nehmenden“ findet nicht nur der Freidemokrat und Jurist Kubicki „bedenklich“. Auch Staatssekretär Schleifer räumt ein, daß die Lotto-Spenden „gelegentlich politisch motiviert“ waren. Da sei der „Finger in einer Wunde drin“. Neben den Finanzierungsbeihilfen aus Kassen landeseigener Unternehmen haben die Schleswig-Holsteiner noch andere Filz-Spezialitäten entwikkelt. Auch die Stiftungen des Landes, nach erklärtem Satzungsziel verpflichtet, „selbstlos tätig“ zu sein, setzen regierungsamtliche Selbstdarstellung gut geschmiert in Szene.

Beispielhaften Beleg dafür liefert die „Stiftung Herzogtum Lauenburg“. Ihr ehemaliger Präsident Uwe Barschel und dessen Stellvertreter und enger Vertrauter, der Schwarzkopf-Manager Karl Josef Ballhaus, hielten im Herrenhaus Steinhorst nach Gutsherrenart hof.

Bei Empfängen und Ehrungen, Ausstellungen und Auszeichnungen kümmerte sich Barschel um „Vertiefung und Verbreitung des Verständnisses für die lauenburgische Heimatkultur“ (Stiftungssatzung), vor allem aber, mediengerecht ins Bild gerückt, um sein eigenes Ansehen.

Zu diesem Zwecke wurden aus dem Landesetat jährlich 100 000 Mark an die

Stiftung direkt überwiesen, weitere 200 000 Mark an die Stiftungstochter, die „Lauenburgische Akademie für Wissenschaft und Kultur". Oberamtsrat Günther Meienberg, Barschel-Referent in der Regierungspressestelle, sorgte sich als „Geschäftsführer" um das Wohl von Stiftung und Stifter, unterstützt von einer Regierungssekretärin.

Und weil ihm die Stiftung besonders am Herzen lag, finanzierte Regierungschef Barschel auch gleich seinen eigenen Verein. Aus dem „persönlichen Verfügungsfonds des Ministerpräsidenten" erhielt die Stiftung 1986 mal 20 000 Mark für „Büroeinrichtung und Bestuhlung im Vortragsraum", mal 6500 Mark für ein Fagott. Dann wieder flossen, zum Ankauf neuer Flächen, 10 000 Mark an Barschels Stiftungsresidenz, in der er im Torhaus über ein separates Arbeits- und Schlafgemach verfügte.

Komfortabel ausgestattet wurde auch die Jugendstiftung, deren Kuratoriumsvorsitzender, der Staatssekretär Max Stich, in einem Jahr 2,4 Millionen Mark aus dem Landesetat kassierte. Davon bezahlte er eine „Kanufahrt mit arbeitslosen Jugendlichen auf dem Plöner See – 1300 Mark" oder einen „Staffellauf von Gymnasiasten entlang der Grenze zur DDR – 9948 Mark".

Dieser krumme Betrag macht Sinn. Über Projekte unter 10 000 Mark entschied der Vorsitzende der Stiftung, Volker Pollehn, der Bürovorsteher bei Staatssekretär Stich. Pollehn ist, hier wiederum als Kultusbeamter, auch Herausgeber des Jugendmagazins „Jufo". Die Zeitschrift arbeitet nach dem „erkennbaren Prinzip", so die „Kieler Rundschau", daß „in jeder Ausgabe ein Bild von Max Stich sein muß".

Zum Wohl nordelbischer Christdemokraten wirken auch andere Stiftungen, die maßgeblich vom Geld der Landesregierung zehren. An der Spitze der Stiftung Naturschutz steht Fritz Latendorf, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender. In der Kulturstiftung, einer Institution mit Millionen-Etat, sitzen die Staatssekretäre Schleifer (Finanzen) und Wolfgang Clausen (Kultus) im Vorstand – beaufsichtigt vom Chef des Kuratoriums, dem Kultusminister Peter Bendixen. „Die Anbindung an das Kultusministerium", gibt auch Schleifer zu, sei „zu eng ausgefallen".

Die enge Verflechtung zwischen vorgeblich unabhängigen Stiftungen und Regierung macht auch dem Präsidenten des Landesrechnungshofes Wolfgang Böning erhebliche „Sorge". Obwohl die Stiftungen zunehmend „zur Erfüllung von Aufgaben des Landes" herangezogen würden, seien sie „der parlamentarischen Kontrolle entzogen".



Stiftungspräsident Barschel*: Gebender und Nehmender in einer Person

Besondere „Zweifel" an der gängigen Stiftungspraxis seien angebracht, so der Rechnungsprüfer, wenn deren Geschäfte „nach wie vor von Mitarbeitern der bisher zuständigen Landesverwaltung geführt werden und die finanzielle Speisung aus öffentlichen Kassen fortgesetzt wird". Böning, einstmals Staatssekretär im Kieler Justizministerium, spricht von einer „Flucht aus dem Budget", FDP-Vize Kubicki von einem „Stiftungsunwesen, das beendet werden" müsse.

Es müsse künftig „verhindert werden", so der liberale Jurist, „daß Mitglieder einer Landesregierung mit öffentlichen Mitteln stiften gehen".

* Vor dem Herrenhaus Steinhorst.